

Die Kriegszulagen der Wiener Lehrerschaft.

Ueber $4\frac{1}{2}$ Millionen.

Wie wir erfahren, wird dem Wiener Gemeinderat für eine seiner nächsten Sitzungen eine Vorlage zugehen, in der zur Erfüllung der Wünsche der Wiener Lehrerschaft folgender Antrag gestellt wird:

Die Gemeinde Wien wird für ihre Lehrerschaft im allgemeinen jene Gehaltserhöhung vornehmen, wie sie vom niederösterreichischen Landtag seiner Zeit (vor zwei Jahren) beschlossen wurde. Da jener Gesetzesentwurf noch nicht sanktioniert wurde, wird die Stadt Wien sozusagen „vorschußweise“ die Verwirklichung übernehmen und die Gehaltserhöhung durchführen. In jenen Fällen, in denen sie Lehrergehälter hinter den Bezügen der gleichgestellten Staatsbeamten (mit Einrechnung der diesen gewährten Teuerungszulagen!) zurückbleiben, wird die Gemeinde Wien die Summen der Lehrergehälter auf jene der Staatsbeamtenbezüge ergänzen.

Die Kosten dieser Kriegszulagen der Wiener Lehrerschaft sind sehr bedeutende. Dem Wiener Gemeindefiskus werden für diesen Zweck mehr als $4\frac{1}{2}$ Millionen entnommen werden! Die auf den Einzelnen entfallenden Beträge sind gewiß geeignet, eine Besserung in der Lage dieser Kategorie der Festbesoldeten zu bringen. In der Mehrzahl der Fälle erhalten nun die Lehrpersonen rund 500 Kronen jährlich mehr; die Summe steigt bis auf 1000 Kronen Kriegszulage, wie dies bei den Bürgerschullehrerinnen der Fall ist. Die Wiener Bürgerschullehrer gelangen nach der Durchführung dieser Aktion in die Bezüge der Staatsbeamten der VII. Rangklasse (Bezirkshauptmann, Polizeirat, Direktoren von Lehrerbildungsanstalten und Mittelschulen, Landesgerichtsrat) in Wien. Wie wir ferner hören, werden auch die Lehrer erster Klasse in dieser Aktion besonders berücksichtigt.

Die nunmehrige Lehrergehaltsregulierung und Kriegszulage eingerechnet, haben die der Wiener Lehrerschaft vom Wiener Gemeinderate zugewendeten Gehaltserhöhungen seit 1901 eine Höhe von über 14 Millionen — bis her 9-6 Millionen pro Jahr — erreicht.